

Proteste und Moratorien weltweit

An vielen Orten haben sich Bürgerinitiativen gegründet. Zahlreiche Kommunen haben Resolutionen gegen Fracking verabschiedet. In Schleswig-Holstein verzichten Firmen aufgrund des öffentlichen Drucks zunehmend auf ihre Aufsuchungserlaubnisse.

Auch international laufen die Betroffenen Sturm gegen Fracking. In Kanada, den USA, Südafrika und den Niederlanden liegen nach großen Protesten Fracking-Vorhaben auf Eis. In Frankreich wurde Fracking bei der Erdgasförderung ganz verboten. **Die Risiken von Fracking sind zu hoch - deshalb muss Fracking dringend verboten werden!**



DIE LINKE. im Bundestag fordert:

- Fracking verbieten: Keine Erdgasförderung auf Kosten von Trinkwasser und Umwelt!
- Energiewende einleiten: Erdgas einsparen und mittelfristig durch erneuerbare Energien ersetzen!
- Bergrecht reformieren: Vorrang für Mensch, Umwelt und demokratische Mitsprache!
- Wirksamer Wasser- und Umweltschutz im Bergbau
- Wissenschaftliche Begleitung der Erdgasförderung unter Berücksichtigung von Umweltauswirkungen
- Pflicht zur Transparenz und Offenlegung der Zusammensetzung der verwendeten Chemikalien bei der Erdgasförderung
- Von der Bezirksregierung Arnsberg und der SPD-Grünen-Landesregierung in NRW fordern wir, keine neuen Aufsuchungserlaubnisse zu erteilen und bereits erteilte Bergbauberechtigungen nicht zu verlängern

Weitere Informationen:

www.nachhaltig-links.de

www.gegen-gasbohren.de

www.die-linke.de/politik/aktionen/ttip-und-ceta-stoppen/do-the-ceta-check/

www.hubertus-zdebel.de/category/themen/no-fracking/

Fachkommentare zu Fracking:

„Aus Sicht der Wasserbehörde ist weder der einzelne Frackvorgang noch die angestrebte flächendeckende Bodenschatzgewinnung mit den fachlichen und rechtlichen Anforderungen des Wasserrechtes und der Wasserwirtschaft vereinbar. Dies hat zur Folge, dass ich als Vertreter einer Wasserbehörde ein solches Vorgehen grundsätzlich ablehnen muss.“

Christa Stiller-Ludwig, Untere Wasserbehörde Stadt Hagen

„Die Gefahr, dass durch ‚Fracking‘ tektonische Bewegungen ausgelöst werden, ist real (...). [Es] können (...) größere Schäden an der Erdoberfläche auftreten.“

Dipl. Geol. Thomas Siepelmeyer, Büro für Umweltgeologie Münster

„Der einzige wirkliche Profiteur der Gewinnung von dieser Art Erdgas ist, nach der gegenwärtigen Vergabepaxis der Lizenzgebiete in Deutschland, der US-amerikanische Mutterkonzern von Exxon-Mobil (...). Ein Beschäftigungsimpuls als Rechtfertigung für die Durchführung ist vollkommen abwegig (...). Dieser Unsinn sollte gesetzlich verboten werden.“

Prof. Dr. Wolfgang Blendinger, Abteilung Erdölgeologie, Technische Universität Clausthal

„Die bisher bekannt gewordenen Gemische [geben] Anlass zu großer Besorgnis. Ein hohes Umweltrisiko durch Fracking ist wahrscheinlich.“

Dirk Jansen, Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) NRW

Quellen: Deutscher Bundestag, Stellungnahmen zur Sachverständigenanhörung am 21. November 2011; Landtag Nordrhein-Westfalen, Stellungnahmen zur Anhörung „Unkonventionelle Erdgasvorkommen“

DIE LINKE.

Wahlkreisbüro Hubertus Zdebel

Münster:

Achtermannstr. 19
48143 Münster
Telefon: +49 251 4909246
Fax: +49 251 9816073

Gelsenkirchen:

Wildenbruchstr. 17
45888 Gelsenkirchen
Telefon: +49 209 91358855
Fax: +49 209 91358857

www.facebook.com/ZdebelHubertus
hubertus.zdebel@bundestag.de

Bildnachweise:

Innen rechts (Seite 4): Gefahrenherde beim Fracking: Quellenangabe: aus der Broschüre "Fracking auf TTIP komm raus" von Attac, Blue Planet, Corporate Europe Observatory, Friends of the Earth Europe, PowerShift, Sierra Club und dem Transnational Institute



Stand: November 2016

V.i.S.d.P.: MdB Hubertus Zdebel, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Gestaltung: neue-linke-medien.de | Andreas J. Laug

Nein zu Fracking in NRW

Bundesweites Verbot jetzt!

DIE LINKE.



Liebe Leserin, lieber Leser,

Gaskonzerne drängen darauf, in Deutschland und Europa unkonventionelles Erdgas mit Hilfe von "Hydraulic Fracturing", kurz Fracking, zu fördern. Dieses Verfahren ist jedoch mit hohen Risiken für Mensch und Umwelt verbunden. Für kurzfristige Gewinninteressen der Gasindustrie wird das Trinkwasser ganzer Regionen gefährdet. Zahlreiche Staaten haben deshalb bereits Moratorien oder Verbote verhängt.



Am 24.6.2016 hat die Koalition aus CDU/CSU und SPD ihr Pro-Fracking-Recht im Bundestag verabschiedet. Damit kann die Fracking-Technik in spezifischen Sandsteinformationen („Tight-Gas-Reservoirs“) uneingeschränkt zur Anwendung kommen. Zudem will die Große Koalition Fracking im Schiefer-, Ton-, Mergel- und Kohleflözgestein vorantreiben. Dazu hat sie die Einrichtung einer sogenannten „Expertenkommission“ beschlossen, die Fracking-Forschungsprojekte begleiten und den Boden für Fracking in allen Gesteinsschichten bereiten soll. Schon jetzt ist klar, dass diese Kommission überwiegend mit frackingfreundlichen Mitgliedern besetzt sein wird. Ausdrücklich eröffnet die Fracking-Gesetzgebung die Option, Fracking ab 2021 in allen Gesteinsschichten zu ermöglichen. Auch in NRW. Das von SPD und Grünen vollmundig versprochene Fracking-Verbot in NRW steht auf tönernen Füßen.

Doch wehren sich auch in Deutschland immer mehr Menschen gegen Fracking. DIE LINKE ist Teil dieses Widerstandes. Wir setzen uns für die Wahrung des hohen Standards der Trinkwasserversorgung und für eine umfassende Bürgerbeteiligung ein. Das mit Fracking verbundene Risiko steht in keinem Verhältnis zum Nutzen. Statt die Gasförderung weiter zu intensivieren, brauchen wir nachhaltige Lösungen für unseren Energiebedarf. Am sozial-ökologischen Umbau führt kein Weg vorbei!

Ihr **Hubertus Zdebel**

Obmann der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Ein neuer Wettlauf um Erdgas in NRW

Große Energiekonzerne wie Exxon und Wintershall haben bereits ganze Regionen unter sich aufgeteilt. In Nordrhein-Westfalen umfassen die Aufsuchungserlaubnisse 40 Prozent der Landesfläche, nämlich das Münsterländer Becken, den nördlichen und südlichen Niederrhein, Ibbenbüren, das Weserbergland und das Rheinische Schiefergebirge. Gasvorkommen in NRW umfassen zwischen 1000 und 2000 Kubikkilometer – genug um die Bundesrepublik acht bis 18 Jahre lang mit Gas zu versorgen. Das Gas ist jedoch in Gestein eingeschlossen und kann nur durch das aufwändige Fracking-Verfahren erschlossen werden. Dabei werden große Mengen Wasser mit hochgiftigen Chemikalien versetzt und unter hohem Druck in die Tiefe gepresst, bis das gastragende Gestein aufgebrochen ist.

In NRW ist diese Technik besonders problematisch, denn nur ein Teil der giftigen Flüssigkeit wird entsorgt, der Rest verbleibt als tickende Zeitbombe in der Tiefe. Die unkonventionellen Gasvorkommen liegen nämlich oft in weniger als einem Kilometer Tiefe und damit gefährlich nahe am Grundwasser.

Kein Verlass auf SPD und Grüne

Die Haltung von SPD und Grünen zu Fracking ist mehr als fragwürdig. Neun der 18 in NRW erteilten Aufsuchungserlaubnisse für Energiekonzerne laufen in 2017 aus. Außerdem wurden drei weitere Bergbauberechtigungen beantragt. Darunter sind auch Anträge von Wintershall, die erkennbar auf die Aufsuchung von Schiefergas abzielen. Anstatt die zuständige Bezirksregierung Arnsberg anzuweisen, bestehende Aufsuchungserlaubnisse abzulehnen und neue Anträge abzuweisen, hat NRW-Wirtschaftsminister Duin (SPD) den Konzernen erste Fristverlängerungen gewährt, obwohl eine Schiefergasförderung derzeit rechtlich nicht möglich ist. Umweltminister Rammel (Grüne) schweigt hierzu. Hinzukommt: Das von SPD und Grünen vollmundig versprochene Verbot von Fracking über den Landesentwicklungsplan NRW ist verfassungsrechtlich umstritten. Mitte 2016 hatte die SPD-Grünen-Landesregierung im Bundesrat dem Pro-Fracking-Recht der CDU/CSU-SPD-Bundesregierung aber zugestimmt. Jetzt zeigt sich, wie unverantwortlich das war. Ein Fracking-Verbot ohne Ausnahmen ist letztlich nur durch Änderung des Bundesberggesetzes und weiterer wasser- und naturschutzrechtlicher Vorschriften auf Bundesebene erreichbar. Dafür setzt sich DIE LINKE schon seit langem ein.

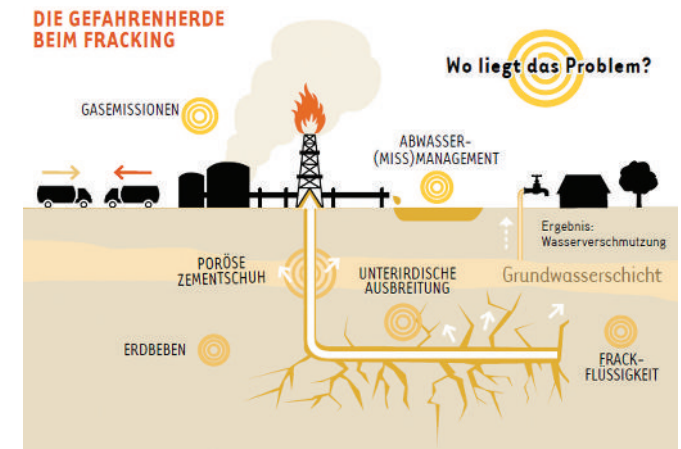
Die Risiken sind untragbar

Fracking ist mit hohen Risiken insbesondere für das Trinkwasser verbunden. Das Oberflächen- und Grundwasser kann bei Unfällen und durch den Aufstieg von Fracking-Flüssigkeit oder Methan verschmutzt werden. Zudem bedeutet Fracking hohen Flächenverbrauch, Lärm und Schwerlastverkehr. Die Beseitigung der giftigen Brühe birgt weitere Gefahren, wie Vorfälle mit undichten Leitungen in Niedersachsen gezeigt haben. In den USA, wo Fracking bereits großflächig eingesetzt wird, kam es zu zahlreichen Unfällen wie Trinkwasservergiftungen, Explosionen und Erdstößen. Umso wichtiger, dass die Bevölkerung, Bürgerinitiativen sowie Wasser- und Naturschutzverbände an Genehmigungsprozessen beteiligt werden.

Wer Fracking nicht will, muss auch TTIP ablehnen

Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA könnten Öl- und Gaskonzernen den Weg ebnen für milliardenschwere Schadensersatzklagen gegen Verbote und Regulierungen von Fracking. Erteilte Aufsuchungserlaubnisse wie in NRW bieten eine Steilvorlage für die in TTIP vorgesehenen Schiedstribunale, da sie die Erwartung wecken, dass anschließend auch die industrielle Gewinnung des Erdgases bewilligt wird. Damit könnten Fracking-Verbote vor einem internationalen Tribunal angefochten werden.

Das ist keine Verschwörungstheorie, wie folgender Fall aus der kanadischen Provinz Québec zeigt: Als 2011 aus mehreren Fracking-Anlagen giftiges Gas entwich, erließ die Provinzregierung ein vorläufiges Fracking-Verbot. Daraufhin klagte der Bergbaukonzern Lone Pine gegen Kanada auf Schadensersatz in Höhe von 250 Millionen Euro. Dieser Fall sollte alle Alarmglocken klingeln lassen.



Erneuerbare Energien statt fossiler Klimakiller

Die Förderung von unkonventionellem Erdgas ist technisch und energetisch extrem aufwändig. Erdgas ist ein fossiler Energieträger, bei dessen Verbrennung klimaschädliches CO₂ entsteht. Bei Fördermethoden wie Fracking tritt zusätzliches Methangas aus, was für sich ein noch weitaus stärkeres Treibhausgas ist. Die Klimabilanz von unkonventionellem Erdgas ist daher nachweislich negativ im Vergleich zu Erdgas und Erdöl aus konventionellen Lagerstätten. Eine Energiepolitik, die den Weg für erneuerbare Energien ebnet, erfordert drastische Einsparungen im Verbrauch von Kohle, Erdöl und Erdgas sowie eine Förderung erneuerbarer Energien. Jetzt auf den weiteren Ausbau der fossilen Brennstoffe zu setzen, ist der falsche Weg!